

Bundeshaushalt 2012

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld

Das Jahr 2012 wird erneut eine Konjunkturwende bringen. Nach zwei Jahren kräftigen Wachstums soll die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr nur noch um 1% steigen. Die sich verschärfende Krise im Euroraum könnte diese negative Entwicklung noch stark beschleunigen und zu einer Rezession führen. Schwarz-Gelb versäumt es, mit dem Bundeshaushalt 2012 die notwendige Vorsorge zu treffen. Konsolidieren und Investieren, heißt die Aufgabe. Doch statt neue Schulden im möglichen Maß zurückzuführen, steigt die Neuverschuldung gegenüber dem Wert für das laufende Jahr sogar noch einmal um mehr als 4 Milliarden Euro an. Zukunftsgerichtete Wachstumskräfte werden dennoch nicht verstärkt! Einmal mehr stellt Merkel die innere Befriedung ihrer Koalition über die Zukunftsinteressen unseres Landes.

1. Das gesamtwirtschaftliche Umfeld des Haushalts 2012

Sämtliche Konjunkturforscher sind sich einig: Nach zwei Jahren kräftigen Wachstums, in denen Deutschland die Folgen des von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten enormen Konjunkturunbruchs 2008/2009 schneller als ursprünglich gedacht wieder wett machen konnte, steht für das kommende Jahr erneut eine Konjunkturwende an. Für das Gesamtjahr 2012 rechnet das gesamte Spektrum der Wirtschaftsforscher, vom gewerkschaftsnahen IMK bis hin zum Sachverständigenrat, mit einem Wachstum von nur noch knapp 1%. Von einer realen BIP-Steigerung von 1% geht zurzeit auch die Bundesregierung aus und liegt damit eher am oberen Rand der Schätzungen.

Mehr noch, die Konjunkturforscher haben ihre Prognose ebenso einhellig mit einem großen „Aber“ versehen: Selbst das bescheidene Wachstumsziel für 2012 sei nur dann erreichbar, wenn es zu keiner neuen Eskalation der Krise in der Eurozone komme. Dabei stehen die Zeichen hier aktuell auf Sturm, nachdem die Krise jetzt auch auf Italien übergesprungen ist, das alleine bis Ende 2013 auslaufende Staatsanleihen in einem Gesamtvolumen von über 400 Mrd. € refinanzieren muss. Dazu kommen noch die Refinanzierungsprobleme im Bankensektor, der sowohl die Verschlechterung der Bonität der staatlichen Schuldner sowie zusätzliche Regulierungsanforderungen verkraften muss.

Beides zusammen, so fürchten bereits einzelne Kommentatoren, würde zu einer neuerlichen Kreditklemme führen, da die Banken nur durch eine kräftige Einschränkung ihrer Kreditvergabe die erforderlichen Eigenkapitalpuffer erreichen könnten. Eine so ausgelöste Kreditklemme wiederum könnte in der bevorstehenden Rezession Selbstverstärkungseffekte auslösen und so zu deutlich gravierenderen Wachstumsproblemen führen, als es die bisherigen Prognosen anzeigen.

Für das 3. Quartal 2011 konnte in Deutschland zwar noch einmal eine BIP-Steigerung gegenüber dem Vorquartal um 0,5% erreicht werden – bereits für das Jahresendquartal wird jetzt aber mit dem Übergang in eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation gerechnet, die erst später im Jahresverlauf 2012 dann wieder überwunden werden könnte. Die bislang günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird sich im kommenden Jahr zwar nicht umkehren, wohl aber ebenfalls deutlich verlangsamen.

Bereits im laufenden Jahr hat sich eine merkliche Verschiebung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte ergeben: War die kräftige Erholung in den Vorjahren vor allem vom wieder stark anziehenden Export – vor allem in die Boom-Regionen Asiens und anderen Schwellenländern – getragen, gewannen im Jahresverlauf 2011 die binnenwirtschaftlichen Faktoren, insbesondere auch der private Konsum die Oberhand. Sie sind allerdings nicht ausreichend stark, um den Trend umzukehren.

Vor dem Hintergrund der sich inzwischen weltweit kräftig abschwächenden Konjunktur sowie insbesondere der sich immer weiter verschärfenden Krise im Euroraum, werden die Binnenimpulse zum Jahresanfang 2012 nicht mehr ausreichen, um noch ein Wachstum im bisherigen Ausmaß zu erreichen. Dies wird sich den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung zufolge auch auf das Wachstum der Steuereinnahmen auswirken: Dieses soll mit +3,6% nur noch halb so hoch ausfallen wie im laufenden Jahr (+7,7%). Besonders stark wird sich das für den Bundeshaushalt auswirken, bei dem das Plus von 9,2% in 2011 auf nur noch 1,3% in 2012 zurückfällt. Nach 246,7 Mrd. € Steuereinnahmen in 2011 würde der Bund demnach im kommenden Jahr dann 249,9 Mrd. € einnehmen.

2. Die haushaltspolitische Aufgabe: Vorsorge treffen!

In diesem unsicheren Umfeld kann es für eine verantwortliche Haushaltspolitik nur eine Devise geben: Die gerade noch kräftig sprudelnden Einnahmen müssen konsequent zur Vorsorge für den absehbaren Abschwung genutzt werden.

Zwei Ziele sollten dabei mit besonderem Nachdruck angestrebt werden: Einerseits sollten die konjunkturbedingten Mehreinnahmen soweit wie möglich zur Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt werden. Dies verlangen die Regeln zur Schuldenbremse ohnehin. Gleichzeitig wäre es vor dem Hintergrund der eskalierenden Krise im Euroraum ein wichtiges Vertrauenssignal.

Gleichzeitig sollten die Ausgaben des Staates konsequent auf die Förderung und Stärkung von Investitionen sowie von Bildung und Forschung ausgerichtet werden, um so die Wachstumskräfte für die Zukunft zu stärken, mit denen der Abschwung dann schneller wieder überwunden werden kann.

3. Die Kontinuität des schwarz-gelben Versagens

Mit dem in dieser Woche zur 2./3. Lesung anstehenden Bundeshaushalt 2012 zeigt sich das erneute Scheitern von Schwarz-Gelb bei der Zukunftsgestaltung für unser Land. Von Konsolidierung und gezielter Vorsorge keine Spur – stattdessen Mehrausgaben in vielen Etats ohne eine erkennbare Schwerpunktsetzung sowie eine drastische Ausweitung des Stellenbestands des Bundes, die das Etikett „Selbstbedienung“ verdient.

Das im letzten Jahr verabschiedete „Sparprogramm“ der Koalition hat sich wie uns erwartet als gigantische Luftbuchung und abenteuerliches Täuschungsmanöver herausgestellt. Der Sparbeitrag der Bundeswehr hat sich in erhebliche Mehrausgaben verwandelt. Die Finanztransaktionssteuer konnte nicht durchgesetzt werden, Einnahmen von 2 Mrd. € fehlen. Und auch die Einnahmen aus der Brennelementesteuer stehen nach politischen Fehlern beim Atomausstieg unter dem Vorbehalt gerichtlicher Anfechtung. Im Etat 2012 ist also nichts anderes übrig geblieben, als die **Streichung des Elterngelds für ALG-II-Bezieher und die Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Schwarz-Gelb schont die Starken und nimmt das Geld von den Schwachen.** Letzteres bedeutet nichts anderes, als die Spaltung des Arbeitsmarktes zu zementieren und den Kampf gegen die nach wie vor viel zu hohe Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland aufzugeben.

Den fehlenden Konsolidierungswillen attestierte zuletzt auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung, als er im Kapitel zu den öffentlichen Finanzen in seinem aktuellen Jahresgutachten feststellte: „Der Entwurf des Haushaltsgesetzes für den Bund sieht wenig ambitionierte Einsparungen vor. Angesichts schwächerer Einnahmesteigerungen sind allenfalls kleine Konsolidierungserfolge zu erwarten.“

Darüber hinaus weisen die jüngsten Koalitionsbeschlüsse zu den ab 2013 geplanten Steuersenkungen, von denen die Geringverdiener nichts haben und von denen am meisten die höheren Einkommen profitieren, sowie zum Betreuungsgeld in die falsche Richtung. 8 Mrd. € gehen dem Staat verloren. Sie fehlen, um öffentliche Haushalte zu gesunden und für die Zukunft vorzusorgen. Während Kita-Plätze fehlen, verschwendet Schwarz-Gelb Milliarden dafür, Kinder von einer frühen Sprachförderung fernzuhalten. Die Verschuldung wird nicht bekämpft, die Spaltung des Landes nimmt zu.

Der Etat 2012 folgt der seit nun bereits zwei Jahre lang zu hörenden schwarz-gelben Leitmelodie: Alle Kraft in die Befriedung der internen Konflikte – keine Zeit für die Zukunft unseres Landes und Europas. Ende vergangener Woche warnte Bundesfinanzminister Schäuble selbst eindringlich vor einem erneuten Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft. Der Bundeshaushalt enthält aber nichts, was dieser Gefahr auch nur annähernd Rechnung tragen, geschweige denn ihr entgegen wirken könnte. Ausdrücklich abgelehnt hat die Koalition unseren Antrag, im Haushalt Vorsorge für die Risiken aus dem europäischen Rettungsschirm EFSF zu treffen, was auch der Bundesrechnungshof gefordert hatte.

4. Unsere Alternative

Mit dem im September vorgestellten Finanzkonzept der SPD, dem „Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“, haben wir eine klare und seriöse Alternative zur haushaltspolitischen Verantwortungslosigkeit der Regierung Merkel entwickelt. Solide Finanz- und Haushaltspolitik heißt für uns konkret:

Wir bauen in wirtschaftlich guten Zeiten konsequent Schulden ab. Im Gegensatz zu CDU/CSU und FDP wollen wir die Schuldenbremse sicher und ohne Tricks einhalten – dafür sind alle konjunkturbedingten Steuermehreinnahmen zu nutzen.

Wir wollen in die Zukunft unseres Landes investieren, d.h. insbesondere mehr Geld für Bildung und Kommunen mobilisieren, solide finanziert durch den Abbau unsinniger Subventionen und sozial gerechte Steuererhöhungen. Diesem Ansatz folgend werden wir in Einzelanträgen zum Bundeshaushalt 2012 u.a. zusätzliche Mittel für ein neues Ganztagschulprogramm, einen Innovationsfonds sowie eine Aufstockung der Produktions- und Dienstleistungsforschung einfordern.

Daneben hinaus fordern wir in unserem umfassenden Entschließungsantrag, dem **Investitions- und Innovationsstau in unserem Land durch eine konsequente Investitionsförderung wirksam zu begegnen**, der Unterfinanzierung im Verkehrsetat endlich durch eine den gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung tragende Prioritätensetzung entgegen zu wirken sowie die kurzfristigen Kürzungen im Bereich der Städtebauförderung zurück zu nehmen.